

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

**Bezugspreis** vierteljährlich durch die Post 1,50 M.  
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S42, Luisenauer 1. Tel. Mpl. 3725  
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

**Erscheint alle 14 Tage Sonnabends**

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 19. bis 25. September und 26. September bis 2. Oktober ist der 38. und 39. Wochenbeitrag fällig.

## Internationale Werbewoche.

Des 25. Jahrestages der Begründung der gewerkschaftlichen Internationale gedachten wir bereits in der vorigen Zeitungsnummer. Die heutige würdigt in einigen Aufsätzen Aufgaben und Erfolge der Gewerkschaften. Die nächste Verbandszeitung wird, wie in unserem „Auftakt zur Herbst-Werbearbeit“ bereits angekündigt, entsprechend den Besonderheiten unseres Berufes sich voll und ganz in den Dienst planmäßiger Werbung neuer Mitglieder und Mitkämpfer stellen. In der dazwischenliegenden „Internationalen Werbewoche“ werden selbstverständlich unsere Mitglieder nicht untätig bleiben, sondern freudigen Herzens sich eingliedern in die Heerscharen freier Gewerkschaftler, die vom 13. bis 19. September für ihre Sache, für wahres Recht und ein freies Menschentum werben.

Durch nationales Werben  
zur internationalen Macht!

## Ehrentafel unserer alten Garde.

Erneut können wir heute der Kollegenschaft einige Verbandsjubilare vorstellen, die in vorbildlicher Weise in unserer Bewegung während 25 Jahren ununterbrochen tätig sind und deren Verdienste wir hiermit dankbar anerkennen:

Fr. Moritz, eingetreten 15. August 1901.

Karl Hormann, eingetreten 3. September 1901.

Adolf Keilhack, eingetreten 1. Oktober 1901.

Während die Vorgenannten der Verwaltung Hamburg angehören, benennt uns die Verwaltung Berlin:

Eduard Bernhard, eingetreten 1. September 1901.

## Gauleiter gesucht.

Mitglieder, die sich als Gauleiter eignen, werden ersucht, ihre Bewerbungen einzureichen unter Angabe des Alters, der Familienverhältnisse und ihrer bisherigen Tätigkeit. Bedingung ist vierjährige Mitgliedschaft. Das Mitgliedsbuch ist der Bewerbung beizufügen. Weitere Bedingungen werden dann mitgeteilt.

Der Verbandsvorstand.

## Kinderarbeit in der deutschen Samenzucht.

In unserem Aufsatz zu dem gleichen Thema in Nr. 17 der „A. D. G.-Ztg.“ erwähnten wir, daß unsere Samenbauern es für notwendig erachteten, sich in einem längeren Artikel, geschrieben von dem Syndikus der Firma Dippe, Herrn Dr. Klewitz, in der angesehenen Zeitschrift „Soziale Praxis“ besonders bemerkbar zu machen, wohl „deshalb, weil man sie bei der Umfrage des „Deutschen Kinderschutzverbandes“ im Jahre 1922 unberücksichtigt gelassen hat“. Wir nahmen das als eine Tatsache an, weil Dr. Klewitz seinen Artikel in der „S. P.“ mit einer solchen Feststellung einleitete, indem er schrieb: „Bei der Erörterung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist, soweit ich ersehen kann, ein besonderer Zweig der deutschen Landwirtschaft, die feldmäßige Samenzucht, unberücksichtigt geblieben, obwohl die Kinderarbeit gerade auf diesem Gebiete eine große Bedeutung hat.“ Wie nun aber die „Soziale Praxis“ in ihrer Nr. 35 feststellt, trifft diese Darstellung des Dr. Klewitz nicht zu. Es wird in diesem Blatte dazu folgendes gesagt:

„Klewitz scheint als Informationsquelle nur einen Aufsatz von Regierungsrat Eise Lüders im Reichsarbeitsblatt, nicht aber das grundlegende Buch von Helene Simon „Landwirtschaftliche Kinderarbeit“ benutzt zu haben, sonst hätte ihm auffallen müssen, daß seine Ausführungen sich vollinhaltlich mit dem Gutachten einer Saatzüchtereiaus

der Provinz Sachsen deckten. Es handelt sich um die Antwort auf eine im Regierungsbezirk Magdeburg an die Schuldeputation gerichtete Eingabe der Lehrerschaft. Die Gutachten, die Helene Simon auf S. 150 f. ihres Buches zitiert, haben Klewitz als Unterlagen gedient (also hat er doch auch dieses Buch mit benutzt. Schriftl. der „A. D. G.-Ztg.“); nur hat er die entgegenstehenden Ansichten der Lehrerschaft, die erst die Samenzüchtereiaus zur Gegenüberung veranlaßten, nicht erwähnt. Wir lassen in Ergänzung seiner Ausführungen die Eingabe der Vorsitzenden des Lehrervereins folgen:

„Es liegt nahe und ist nachgewiesen, daß Überanstrengung, Betriebsunfälle, abstumpfende Tätigkeit die Gesundheit der Kinder gefährden, daß vielfach ihre körperliche und geistige Entwicklung verkümmert wird und durch ungenügende Aufsicht und unterlassene Trennung der Geschlechter die moralische Erziehung leidet. Daraus erwachsen auch der Schule schwerwiegende Hindernisse: Erschlaffung und Stumpfsinn während des Unterrichts, mangelnder häuslicher Fleiß, häufige Schulversäumnisse, auffallend geringe Fortschritte. Sehr leicht können diese Kinder zum Hemmschuh für die geistige und sittliche Entwicklung sämtlicher Kinder werden. So sehr Kinderarbeit an sich bei zweckmäßiger Auswahl der Beschäftigung und verständiger Leitung als wertvolles Erziehungsmittel erscheint, so ist sie doch in der mit Ausbeutung der Kinderkräfte verbundenen Form der Erwerbstätigkeit vom pädagogischen Standpunkt aus zu verwerfen. Ebenso ist die Benutzung der Kinder dann verwerflich, wenn erwachsene Arbeitskräfte dadurch gespart werden; deshalb ist vollständige Beseitigung der Arbeit schulpflichtiger Kinder anzustreben. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich die Notlage zahlreicher Familien dies noch unmöglich machen, ist wenigstens weitgehende Einschränkung der Kinderarbeit in Landwirtschaft und Gärtnererei erforderlich. Als Forderungen sind aufgestellt: 1. Der Schulbesuch darf nicht beeinträchtigt werden; 2. Beurlaubungen vom Schulbesuch für landwirtschaftliche und ähnliche Arbeiten, besonders für Jagden, dürfen nicht stattfinden; jede Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren ist zu verbieten; 4. jede Ackerarbeit ist zu verbieten; 5. bei Notstandsarbeiten entscheidet eine aus Mitgliedern der Schuldeputation gebildete Kommission über die Notwendigkeit des Schulausfalls; 6. am Schluß des Schuljahres ist ein Bericht über die ausgefallenen Schulstunden einzureichen.“

Wir schlossen unsere erste Kritik des Vorstoßes der Samenbauern mit den Worten: Die Klewitzschen Ausführungen dürften auch von allen ehrlichen Sozialpolitikern in ihrem wirklichen Werte recht schnell erkannt und entsprechend gewürdigt werden. Das ist zum Teil schon eingetroffen; erkannt ist der gute Doktor und damit der Wert seiner Arbeit bereits. Denn da ihm die Gutachten, die Helene Simon in ihrem Buche „Landwirtschaftliche Kinderarbeit“ bekannt gibt, als Unterlagen gedient haben, muß auch ihm bekannt sein, daß diese Gutachten erfolgt sind auf die Eingabe des Lehrervereins und, was das Wesentlichste ist, daß diese Gutachten stammen von einer bedeutenden Samenbauernfirma und einem landwirtschaftlichen Großbetrieb, der in der Hauptsache Zuckerrüben anbaut. Damit hat sich die einleitende Darstellung des Dr. Klewitz, wonach bei der Erörterung der Kinderarbeit die Samenzucht unberücksichtigt geblieben sei, als unwahr erwiesen. Alle Umstände sprechen sogar dafür, daß diese Darstellung wesentlich falsch und unrichtig erfolgt ist. Denn wie auch die „Soziale Praxis“ hervorhebt, muß es auffallen, daß die Ausführungen Dr. Klewitz' sich vollinhaltlich mit dem damaligen Gutachten einer Samenzüchtereiaus der Provinz Sachsen decken. Unsere Überzeugung geht dahin, daß sowohl das damalige Gutachten der Samenzüchtereiaus als das des Zuckerrüben-Großbetriebes auch von derselben Firma Dippe in Quedlinburg stammen, bei der Herr Dr. Klewitz jetzt angestellt und in

deren Auftrage er seinen Artikel verbrochen hat. Nachfolgende Gegenüberstellungen dürften für diese Annahme den schlüssigsten Beweis erbringen:

Aus dem von Helene Simon in ihrem Buch: „Landwirtschaftliche Kinderarbeit“ 1922 zitierten Gutachten der „bedeutenden Samenzüchterei in der Provinz Sachsen“.

Bei der Saatzucht sind gleichfalls seit vielen Jahrzehnten einzelne Arbeiten den Kindern vorbehalten: im Frühjahr das Aussuchen der Stecklinge, weil ihre zierlichen Finger dafür besonders geeignet und weil die Erwachsenen in dieser Zeit für Feldbestellung notwendig sind.

Auch das Ausziehen falscher Pflanzen aus den zur Saatzucht bestimmten geschieht zweckmäßiger durch Kinder, da diese bedeutend weniger zertreten als Erwachsene.

Geradezu abhängig von der Kinderarbeit ist die Blumenzucht; nicht nur daß auch hier Arbeiten vorkommen, die Erwachsenen schwer werden, wie Aufsuchen des abgeschüttelten Samens, sondern es ist auch die Ernte auf den großen Samenfeldern ohne die Kinder unmöglich. Der Samen z. B. von Stiefmütterchen reift bei heißem Wetter so schnell, daß es notwendig ist, oft Hunderte von Kindern zum Abpflücken heranzuziehen; ist das nicht möglich, so fällt der Samen aus und ist für die Volkswirtschaft verloren. Eine so große Zahl Arbeitsloser steht in den Sommermonaten für kurze Zeit nicht zur Verfügung, ganz abgesehen von den erfahrungsmäßigen Schwierigkeiten, sie wieder zu entlassen.

Sollte die Schuldeputation die Kinderarbeit in den Blumenfeldern verbieten, so muß die Firma den Anbau von Blumensamen im Großen einstellen, um sich mit der Anzucht der Muttersaat zu begnügen, die dann zur Vermehrung an auswärtige Gärtner und Landwirte abgegeben werden muß. Das bedeutet Entlassung eines großen Teiles der Gärtner.

Es sind also genau dieselben Argumente, die die Firma Dippe sowohl in ihrem Gutachten auf die damalige Eingabe der Lehrerschaft wie jetzt durch ihren Syndikus in der „Sozialen Praxis“ vertreten läßt. Damit dürfte sie genügend berücksichtigt und ihre gegenteilige Behauptung als unzutreffend ebenso genügend gekennzeichnet sein.

Daß Herr Klewitz in seiner Doktorarbeit die ihm bekannten Gegengründe der Lehrerschaft so ganz unerwähnt läßt und nicht den leisesten Versuch unternimmt, diese zu entkräften, zeigt auch, daß Herr K. es gern mit dem „besseren Teil der Tapferkeit“ hält, und daß es mit seinem geistigen Rüstzeug in dieser Frage nicht sonderlich gut bestellt sein kann. Damit dürften auch alle

Aus dem Artikel von Dr. Klewitz in der „Sozialen Praxis“, Nr. 31, 1926.

Im Frühjahr suchen sie (die Kinder) die zur Gewinnung von Zuckerrübensamen angezogenen Stecklinge, die den Winter über eingemietet waren, aus und zeigen sich bei dieser Arbeit vielfach gewandter als Erwachsene. Die Heranziehung von Kindern zu dieser Arbeit hat sich seit vielen Jahrzehnten deshalb eingebürgert, weil im Frühjahr die erwachsenen Arbeiter mit anderen dringenden Arbeiten, wie mit Acker-, Bestellungs- und Pflanzarbeiten, beschäftigt sind.

Bei dem Anbau von Saatgetreide werden Kinder gern dazu benutzt, um aus den Feldern das sogenannte „falsche“ Getreide herauszuziehen. Ein Erwachsener würde im allgemeinen in den Feldern zu viel Schaden anrichten, während dies bei den zierlichen Körpern der Kinder nicht zu befürchten ist.

Auch bei der Ernte der Blumensameren ist die Kinderarbeit kaum zu umgehen. Schon wenn der Samen der am ehesten reifenden feldmäßig angebauten Blumen der Stiefmütterchen reif wird, ist es oft erforderlich, Hunderte von Kindern mit dem Abnehmen der Samenkapseln zu beschäftigen. Da nämlich die Reife bei starker Wärme in wenigen Tagen eintritt, ist es notwendig, ein Massenaufgebot von Erntearbeitern heranzuziehen, weil sonst die Samenkapseln aufspringen und der Samen verloren ist. Bei dem großen Bedarf an Arbeitskräften, der hier oft nur für wenige Tage eintritt, ist es auch nicht möglich, auf die vorhandenen Arbeitslosen zurückzugreifen, da eine solche Anzahl zumeist nicht zur Verfügung steht.

Würde in Deutschland auch nur verboten werden, fremde Kinder in der Samenzucht zu beschäftigen, so würde die Folge sein, daß die Blumenfelder verschwinden und in das Ausland verlegt würden. Da die Blumenzucht natürlich nicht nur für Kinder, sondern in ausgedehntem Maße auch für Erwachsene Arbeit bietet, könnten auch weniger Erwachsene in der Samenzucht beschäftigt werden, und auch die Arbeitslosigkeit unter den Gärtnern müßte weiter steigen.

Beteiligten und alle, die sonst das Vorgehen der Firma Dippe angeht, in der Wertschätzung und der entsprechenden Würdigung ihrer Maßnahmen und Bestrebungen einen erheblichen Schritt weiter gekommen sein; denn erweisen sich die Mittel zum Zwecke als bedenkliche und untaugliche, kann doch wohl kaum der Zweck der Übung anders gewertet werden.

Ein Studium des Buches „Landwirtschaftliche Kinderarbeit“ von Helene Simon, in dem eine ungeheure Fülle von Material sowohl aus den Kreisen der Freunde als auch der Gegner der Kinderarbeit zusammengetragen ist, führt jedenfalls zu anderen Erkenntnissen, als die Firma Dippe vertritt. Helene Simon schickt ihrer Sichtung des Materials aus der Provinz Sachsen, das uns besonders interessiert, folgendes voraus: „Die Provinz Sachsen erhält ihr wirtschaftliches Gepräge durch die Verbindung eines Industriezentrums mit bedeutendem Ackerbau, ihr Gepräge für die Kinderlandarbeit insbesondere durch den Zuckerrübenbau“ (der auch durch die Fa. Dippe hervorragend betrieben wird. Schriftl. d. „A. D. G.-Ztg.“). Sie stellt dann fest, daß die für die Provinz Sachsen erfaßten 23 000 eigenen arbeitenden Kinder sich ziemlich gleichmäßig auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen, daß dagegen die Zahl der beschäftigten fremden Kinder mit rund 8000 im Regierungsbezirk Magdeburg, in dem Quedlinburg liegt, die weitaus höchste sei; für Merseburg sind noch nicht die Hälfte, für Erfurt über 1000 vermerkt. Sowohl nach der amtlichen Erhebung von 1904 als nach vielen Einzelangaben der Umfrage von 1922 gehört namentlich der Regierungsbezirk Magdeburg zu den Standorten periodischer Kinderarbeit.

Als Durchschnittsalter erscheint das 10. Jahr, aber wie einige Gemeinde- und Amtsvorsteher berichten, werden Kinder schon beschäftigt, „sobald sie arbeitsfähig sind, schon von 5 Jahren an“: „wie sie laufen können“; „von klein auf“; „es besteht keine Altersgrenze, sie helfen beim Rübenverziehen, sobald sie dazu tauglich sind“.

Über die Dauer der täglichen Arbeitszeit finden sich Berichte wie: „Die gleiche Zeit wie die Erwachsenen“; „in der Schulzeit 9–10 Stunden“; „in den Ferien, Sommer und Herbst, den ganzen Tag, nicht selten ununterbrochen bis zum späten Abend während eines halben Jahres“. In einer Antwort, eigene Kinder betreffend, heißt es recht bezeichnend: „Richtet sich nach der Saison, höchstens bis 16 Stunden“. Bezüglich der gesundheitlichen Schäden berichten Kreisarzt, Geistliche und Gemeindevorsteher übereinstimmend: „Die Kinder sind überanstrengt und schlafen in der Schule, schwächliche Kinder sind überhaupt gefährdet“; drei Lehrer aus drei Dörfern ebenfalls übereinstimmend: „durch Überanstrengung sind hier einige zu Krüppeln geworden“. Ein anderer Lehrer urteilt: „Die Beschäftigung fremder Kinder ist weder gesundheitlich noch sittlich günstig. Wenn auch der Aufenthalt in frischer Luft günstig ist, so leidet die Ernährung. Die Mütter stehen am Schluß, 1 Uhr, mit dem Brotbeutel an der Schule. Die Kinder bekommen den ganzen Tag keine warme Nahrung, in vielen Fällen auch kein warmes Abendbrot. Üblich ist das Singen unsittlicher Lieder und die Gefahr geschlechtlichen Verkehrs; die Rohheit nimmt zu.“ Gegenüber den Darstellungen der Samenbauern und anderer Interessenten, daß Arbeiten, die häufiges oder dauerndes Bücken erfordern, von Kindern leichter verrichtet werden als von Erwachsenen, verweist Helene Simon auf die auch in ihrem Buche besprochenen „Amtlichen Monographien über Kinderlandarbeit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika“, aus denen sie u. a. zitiert die Klage eines Knaben: „daß der Rücken vom Rübenvereinzeln einem scheußlich müde wird, und man solche Kopfschmerzen bekommt, daß es kaum noch zum Aushalten ist“. Viele Familien klagen allgemein über die Mühsal der Rübenarbeit, namentlich für Frauen und Kinder: „Wir bekommen alle Rückenschmerzen“; „es ist denkbarst harte Arbeit“; „Zuckerrübenbau ist schwerer als Arbeit in den Stahlfabriken; die Kinder bekommen auch hier keine frische Luft, weil sie im Dreck liegen und den ganzen Tag auf den Knien herumkriechen“; „sie werden so müde, daß sie ohne zu essen sofort ins Bett gehen“.

Das ist nur eine kleine Auslese aus den vielen Gutachten über den Umfang und die Schädigungen der Kinderarbeit, die bei diesen Erhebungen erstattet sind, und die Helene Simon in ihrer Arbeit den die Beschäftigung von Kindern günstig darstellenden Berichten interessierter Arbeitgeber gegenübergestellt und womit sie sich gewiß ein großes Verdienst erworben hat. Für die Beurteilung dieser Fragen müssen und werden naturgemäß die Urteile unparteiischer Instanzen wie Gemeinde- und Amtsvorsteher, Ärzte und Lehrer schwerer wiegen und demgemäß höhere Bewertung erfahren, als solche einseitigen, vom nacktesten Profitinteresse in eine Syndizifeder diktierten Darstellungen unserer Samenbauern.

Helene Simon erkennt die tieferen Zusammenhänge und Gründe, warum gerade in Sachsen die Kinderarbeit in der Landwirtschaft und Gärtnerei so besonders stark ausgeprägt und schematisch und systematisch betrieben wird, sehr klar und gibt ihnen folgenden Ausdruck:

„Selbst rein ländliche Gemeinden stehen unter dem Einfluß des Bedarfs der Industrie an Arbeitskräften und der Anziehung der Fabriken und Bergwerke auf die Dorfbewohner. Das gilt besonders für die schulentlassene Jugend, die in der Regel nach Schulschluß aus dem Dorf in die Industrie geht. Da die Jugendlichen fast völlig fehlen, nimmt man statt ihrer jüngere und jüngste Kinder, oft schon

von fünf Jahren an. Dazu kommt der Ausfall oder die große Verminderung der Wanderarbeiter, namentlich „polnischer und tschechischer Mädchen, die früher im Rübenbau das Rübenverziehen und sonstige unbequeme und knifflige Arbeit leisteten“, die jetzt Kindern obliegt; „es fehlen die Sachsengänger, die vor dem Kriege das Rübenverziehen verrichteten“.

Es ist tatsächlich so, daß im Samenbau die Kinderarbeit gegenüber früher eher zugenommen als abgenommen hat. Das gehört zu dem System der „Rationalisierung“, das der Gartenbau, im besonderen der Samenbau zur Anwendung bringt, das wir schon in Nr. 10 der „A. D. G.-Ztg.“ kennzeichneten: Systematisch werden die Kinder zu allen Frauenarbeiten, die Frauen aber zu den Männerarbeiten herangezogen. Das ist die „kalte“ und schon so alte Kapitalisierung der menschlichen Arbeitskraft, mit der die Unternehmer unter der Parole: Gegen die „kalte Sozialisierung“ wieder mal größere Fortschritte machen konnten in Ausnutzung der augenblicklich geringeren Widerstandskraft der Arbeiterschaft.

Dieses Manko baldigst auszugleichen, sollten wir auch im Samenbau besonders im Rahmen der internationalen Werbewoche eifrig bemüht sein unter dem über alle Landesgrenzen schallenden Kampfruf: Beseitigung der Kinderarbeit!

## Volkswirtschaft und Gartenbau.

75 000 neue Arbeitskräfte?

Wir sind gewiß auch bestrebt, die volkswirtschaftliche Bedeutung unseres Berufes zu betonen, wo immer es nur möglich ist und uns angebracht erscheint; sah doch z. B. die Tagesordnung unseres Dresdener Gärtnertages auch einen Vortrag über dieses Thema vor. Doch mit unseren Unternehmern können wir in der Darstellung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Gärtnerei unmöglich auch nur ein kurzes Stück Weges zusammengehen, weil die von einer Übertreibung in die andere fallen. Wir sind ja bei unseren Garten-Bauern an edler Selbstüberhebung, Überschätzung ihrer Ziele und Forderungen und ihres Könnens schon allerlei gewöhnt, doch was sie da in den jüngsten Tagen in der „Deutschen Tageszeitung“ sich geleistet haben, geht denn doch auf keine Kuhhaut mehr. Allerdings ihr Hauptquartier am Kronprinzenufer zu Berlin wimmelt ja auch förmlich von Genies, die, soweit sie nicht „Landwirte“ sind, mindestens sich „Volkswirte“ nennen. Einer der letzteren mit der weiteren geheimnisvollen Bezeichnung R. D. V. hat da in dem dafür außerordentlich geeigneten Blatt, der „Deutschen Tageszeitung“, es unternommen, den an sich guten Gedanken einer Verbreiterung der Ernährungsbasis durch Intensivierung der Bodennutzung auf den Gartenbau zu übertragen. Bei diesem Unternehmen hält er zunächst den Lesern der „D. T.“ die in der bereits bekannten Weise vom Reichsverband des deutschen Gartenbaues frisierten Ein- und Ausfuhrzahlen an gärtnerischen Erzeugnissen vor die erstaunenden Augen.

Nach seiner Rechnung ergibt sich für die Zeit vom 1. Okt. 1924 bis 30. Sept. 1925 ein Einfuhrüberschuß von rund 560 Millionen Reichsmark. Vorbehaltlich näherer Nachprüfung der ganzen Rechnung vertreten wir die Ansicht, daß davon nicht nur 50 Proz., sondern 100 Proz. der eingeführten Südfrüchte, also nicht nur 90, sondern 176,8 Mill. M. abzusetzen sind; denn es ist ein Übel, zu verlangen, daß das deutsche Volk unseren Gartenbauern zuliebe auf Apfelsinen und andere wohlfeile Südfrüchte verzichten soll. Es sind nach unserer Auffassung auch abzusetzen mindestens die 26½ Mill. M., die nach unserer Aufstellung in Nr. 8 der „A. D. G.-Z.“ von den Gartenbauern selbst im Jahre 1925 eingeführt worden sind. Daß wir mit dieser Meinung nicht allein stehen, zeigt z. B. die jüngste Nummer der „Gartenflora“ mit ihrem Stoßseufzer: „Was nutzt all' unser Reden gegen die Einfuhr, wenn der deutsche Gärtner selbst in Unmengen fremdländische Ware hereinholt! So viel hereinholt, daß seine Gewächshäuser jahrelang damit gefüllt bleiben.“

Wir wollen heute die Frage nicht weiter untersuchen, ob nicht auch die betreffenden Beträge für zubereitetes Gemüse und Obst abzusetzen wären, weil schon ohnedies die einseitige Aufmachung der Rechnung und maßlose Übertreibung genügend in die Erscheinung treten. Also halten wir zunächst einmal das fest, daß der von dem Herrn „Volkswirt“ errechnete Einfuhrüberschuß von 560 Mill. M. sich unbedingt um obige 176,8 und 26,5 Mill. M., also um rund 203 Mill. M. verringert auf 357 Mill. M. Der Volkswirt des R. d. G. schätzt nun den Jahreswert der gärtnerischen Produktion in Deutschland „vorsichtig“ auf 2 Milliarden Reichsmark, was wir für heute mal gelten lassen wollen, wenn wir sonst auch mehr als ein Fragezeichen zu machen haben. Heute gehören sie aber zur sensationellen Entdeckung des Herrn Volkswirtes. — Er doziert: „So kommen wir zu dem Ergebnis, daß die gärtnerische Produktion noch um mindestens 25 Proz. steigerungsfähig ist, das bedeutet den Einsatz von rund 75 000 neuen Arbeitskräften im Gartenbau.“ Diese „geniale“ Entdeckung erfährt noch eine weitere Steigerung ihrer Bedeutung im Hirn unseres Volkswirtes, weil „die Schwierigkeiten,

die der Landwirtschaft aus der Verschiebung großer Massen von Arbeitskräften erwachsen würden, hier fast ganz fortfallen, da der Gartenbau in der Hauptsache schon immer mit Rücksicht auf seine besonderen Absatzbedingungen vor den Toren der Städte, insbesondere der Großstädte, betrieben worden ist.“

Mit dieser verlockenden Perspektive, spekulierend auf das Interesse, das wenigstens an einigen Stellen der Regierung amtlich den Fragen entgegengebracht wird, die aus der gewaltigen Erwerbslosennot erwachsen, glauben die Syndizi unserer Gartenbauern den Boden bereiten zu können für ihre eigentlichen Ziele und Absichten, die den in Dresden formulierten Forderungen entsprechen und für die Wissenden deutlich genug am Schluß folgendermaßen enthüllt werden. Erforderlich ist aber, daß der Staat bereit ist, diesen Willen durch Schaffung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für die geplanten Maßnahmen zu stützen. Hierzu gehören in erster Linie ein ausreichender Zollschutz für alle Gartenbauerzeugnisse und eine Handelsvertragspolitik, die mehr als bisher den Bedürfnissen des Berufes Rechnung trägt. Wichtigste Voraussetzung für die Durchführung des oben entwickelten Programms ist aber die Zubilligung der Arbeitszeit, die den Produktionsverhältnissen des Gartenbaues gerecht wird. Eine Einbeziehung des Gartenbaues in das Arbeitsschutzgesetz ist entschieden abzulehnen. Städtische Siedlungspolitik und Steuerpolitik müssen beide zum Ziel haben, dem Gärtner (gemeint ist natürlich nur der Unternehmer, nicht etwa auch der arbeitnehmende. Die Schriftleitung.) auf seiner Scholle Existenzsicherheit zu geben, d. h. der gärtnerisch genutzte Grund und Boden darf weder dem Zugriff der öffentlichen Hand ausgesetzt werden, wie es der Entwurf eines Preussischen Städtebaugesetzes will, noch darf durch Überbesteuerung, wie sie ihre Grundlage im § 36 des Reichsbewertungsgesetzes findet, der Gärtner indirekt von seinem Lande vertrieben werden. Beseitigung der durch die gärtnerischen Betriebe der öffentlichen Hand dem Erwerbsgartenbau bereitenden Konkurrenz ist ein weiteres notwendiges Erfordernis. Die Bestrebungen des Gartenbaues werden zum Erfolg führen, wenn Regierungen und Parlamente des Reiches und der Länder bereit sind, diese Voraussetzungen für eine Intensivierung und Rationalisierung des Gartenbaues zu schaffen.“

Wir Arbeitnehmer der Gärtnerei und des Gartenbaues werden es als unsere Aufgabe zu betrachten haben, alles daran zu setzen, daß diese von unseren Garten-Bauern erstrebten Voraussetzungen durch Regierung und Parlamente nicht geschaffen werden. Denn diese Agrariergesellschaft, die jetzt die Zügel und Peitschen in der Hand hat, um den Karren des R. d. G. in den Dreck zu lenken, sagt es uns ja selbst in zynischer Offenheit, daß man in weit ausgedehnter Arbeitszeit die 75 000 neuen Arbeitskräfte und natürlich auch die alten nach Strich und Faden auszubenten trachtet. Wir danken im Namen derer, die man derart „beglücken“ möchte. —

Doch noch einmal zurück zu unserem Rechenkünstler. Diese schöne Zahl der 75 000 wird kaum allen Lesern der „D. T.“ imponieren. Jedem, der mit den Verhältnissen im Gartenbau leidlich Bescheid weiß, kommt bei diesem Kunststückchen des „Volkswirtes“ ein unwiderstehlicher Lachreiz. 75 000 sollen nach diesem komischen Herrn 25 Proz. der jetzt beschäftigten gärtnerischen Arbeitskräfte sein; demnach wären dies 300 000. Nun weiß jeder Lehrling, daß es in Wirklichkeit nicht halb soviel sind.

Leider liegen die Ergebnisse der vorjährigen Volks- und Berufszählung für die Gärtnerei noch nicht vor. Wir müssen deshalb auf ältere Zählungen zurückgreifen. Bei der Berufs- und Gewerbe-zählung 1907 wurden im ganzen Deutschen Reich 79 834 gärtnerische Arbeitnehmer gezählt; allerdings mag hier der feldmäßige Obst- und Gemüsebau nur zu einem Teil mit erfasst sein. Das geschah jedoch ganz bei der besonderen Gärtnerestatistik, die 1906 in Preußen aufgenommen wurde. Damals wurden gezählt 140 539 Erwerbstätige, wovon 33 722 Unternehmer waren, so daß an Arbeitnehmern verbleiben 106 817. Von dieser Zahl ist ein Rückgang von rund 9 Proz. abzurechnen, der sich nach der im vorigen Jahre aufgenommenen Erhebung für den Freistaat Sachsen ergeben hat, denn man muß annehmen, daß in Preußen die Rückentwicklung der Gärtnerei mindestens in gleichem Umfange vor sich gegangen ist wie in Sachsen.

Nach Abzug des 9proz. Abganges hätten wir also die Zahl der Arbeitnehmer im preussischen Gartenbau anzunehmen mit rund 97 200. Im Freistaat Sachsen ergab die vorjährige Zählung insgesamt 10 882, das wären zusammen 108 082. Wir schätzen nun, daß die Zahl der in den übrigen Bundesstaaten des Deutschen Reiches beschäftigten Arbeitnehmer etwa ein Fünftel obiger Zahl, mithin 21 816 betragen könnte, womit wir auf rund 131 000 kommen. Hiervon wären allerdings abzusetzen die etwa 7000 Arbeitskräfte, die die deutsche Gärtnerei infolge des Versailler Friedensvertrages an die verschiedenen Ausländer abgeben mußte, so daß in der deutschen Gärtnerei etwa 124 000 Arbeitnehmer tätig sind. Auch diese Feststellung bedarf einer erheblichen weiteren Einschränkung, denn wie an anderer Stelle mitgeteilt, sind mindestens 14,4 Proz. davon zurzeit arbeitslos, so daß nur etwa 106 000 Arbeitnehmer in der Gärtnerei ihr recht kärgliches Brot finden. So schrumpft also auch dieser Teil der Rechnung unseres „Volkswirtes“ stark zusammen. —

Wir mußten recht viel Wasser in den Wein der Garten-Bauern gießen, aber es war einmal notwendig, diesen systematischen Übertreibungen entgegenzutreten. Mußten wir doch auch wiederum erkennen, daß wir Arbeitnehmer nicht die geringste Veranlassung haben, die Politik unserer Arbeitgeber mitzumachen, die zu einem Teil auf Illusionen beruht, zum andern Teil solche Illusionen, auch „Pötemkinsche Dörfer“ genannt, zu schaffen sich bemüht. Aber eins steht fest, diese „Volkswirte“ des R. d. d. G. werden die Aufgaben wirklicher Intensivierung und Rationalisierung nicht lösen, es sei denn, daß sie sich auf den Boden realer Tatsachen zurückbegeben.

## Rheinische Gartengestalter auf dem Kriegspfad.

Die rheinischen Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner haben sonderbarerweise in diesem Jahre die Sauregurkenzeit mit der Karnevalszeit verwechselt und schon jetzt das Kriegsbeil ausgegraben, obwohl sie dies erst im kommenden März nötig hätten. Wir müssen gestehen, daß uns dies einigermaßen überrascht hat. Dem rheinischen Charakter entsprechend wurden bisher tarifliche Differenzen während der Karnevalszeit ausgetragen. Und nun dieser Umschwung, der sich eigentlich gar nicht mit dem lebensfrohen und demokratischen Standpunkt unserer arbeitgebenden Landsleute vereinbaren läßt.

So schwer es uns fällt, dies zu glauben, das vor uns liegende Kündigungsschreiben, in dem Lohn- und Rahmentarif gekündigt werden, beweist zur Genüge, daß nach den Wünschen der Arbeitgeber nicht allein die tariflichen Löhne, sondern auch die 8½ Paragraphen des Rahmentarifes verschwinden sollen.

Die Schnelligkeit, mit der bei diesem Vorgang von den Arbeitgebern vorgegangen ist, verdient ebenfalls hervorgehoben zu werden; sie steht ganz im Gegensatz zu früheren Verhandlungen, bei denen die Wünsche der Arbeitnehmer oft wochenlang unberücksichtigt blieben.

Ja, es stimmt, sie hatten es eilig mit der Tarifkündigung; aber noch fixer wollten sie eigentlich den geplanten Lohnabbau durchdrücken. Das sah schon ganz nach Überrumpelung aus. Um 5 Uhr erschienen neben den Kölnern auch die Düsseldorfer Arbeitgebervertreter im Verhandlungsraum, und eine Stunde später wollten letztere schon wieder zu ihren Gesoleistadt-Freunden zurückkehren, um dort den abgehackten Tarifskalp vorlegen zu können.

Aber erstens kommt es anders... Der geforderte Lohnabbau wurde nicht erreicht; die Reduzierung des bisherigen Tariflohnes um 12 Pf. die Stunde = 6 Rm. die Woche wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt, und es wurde den Arbeitgebern mit aller Deutlichkeit erklärt, daß bis zum 28. Februar 1927 an den bisherigen Tariflöhnen nicht gerüttelt werden darf. Die Feststellung dieser Tatsache löste bei den Arbeitgebervertretern einen wahren Entrüstungssturm aus. „Wofür bin ich denn eigentlich nach Köln gekommen!“, schrie erobert ein Düsseldorfer Embonpoint, dessen wirklich verzweifelte Notlage jeden Tag acht im Betriebe vollbeschäftigte Arbeitnehmer feierlich dokumentieren können. Wie hätte man auf Unternehmenseite die gute Kinderstube schnell verlernt, als die vorgebrachten Bedenken der Arbeitnehmer gegen den Lohnabbau in sachlicher Form nicht zerstreut werden konnten. Man kündigte Tarife, Freundschaften, Entgegenkommen und Wohlwollen und verließ mit hörbarem Donnergeräusch die sonst so friedlich-gemütliche Verhandlungsstätte.

Wir sind weit davon entfernt, die Stimmung in Arbeitgeberkreisen zu unterschätzen; aber noch viel weniger kann uns zugemutet werden, dem so künstlich aufgezeigten Theaterdonner übertriebene Bedeutung beizumessen. Wo nehmen denn die Arbeitgeber eigentlich die Berechtigung her, in Zeiten steigender Wohnungsmiete, anziehender Lebensmittelpreise und immer größer werdenden Erwerbslosenelends einen Lohnabbau zu fordern? Glauben diese Kreise wirklich, mit wesentlich abgebauten Tariflöhnen eine größere Beschäftigungsmöglichkeit zu erzielen? Ist in tariflosen Orten des Bezirks oder in Städten mit niedrigeren Tariflöhnen die Arbeitslosigkeit etwa geringer? Das Arbeitsamt in Düsseldorf kann darüber Auskunft geben.

Und wenn dies ehrlicherweise verneint werden muß, dann kann von den Arbeitnehmern auch nicht verlangt werden, daß sie sich Beweggründen anschließen, die außerhalb jeglicher beruflicher wie wirtschaftlicher Diskussion liegen. Sollen die Arbeitnehmer dem Lohnabbau zustimmen, nur weil die rheinisch-westfälischen Industriellen es verlangen? Überschattet die Macht dieser „Wirtschaftsführer“ auch schon die bisher gesunde Denkweise unserer so liberal gesinnten Unternehmer? Sollen wir uns einem Diktat berufs-fremder Elemente beugen? Nein und abermals nein!

In mühsamen Jahren nach wechselvollen Kämpfen hat sich die Arbeitnehmerschaft der Landschaftsbranche ihren Handwerkerlohn errungen, und sie ist keineswegs gewillt, auf diese Errungenschaft zu verzichten, nur weil die Industriellen diesen Handwerkerlohn nicht mehr zahlen wollen. Diese „armen“ Schächer von Industriellen, die ihre mühsam er-

sparten Notgroschen jetzt in Köln-Düsseldorfer Villenvierteln verzehren müssen, sie laufen ja auch wirklich Gefahr, durch die exorbitanten Gärtnerlöhne um ihr Rentnerdasein geprellt zu werden.

Um diese Kreise vor dem Äußersten zu bewahren, sollen die Gärtnergehilfen freiwillig ihr Elendsdasein verschlechtern, neben Erwerbslosigkeit auch noch verminderten Wochenlohn einstecken. Ein derartiges Harakiri findet man bei den Adligen Japans, nicht aber bei deutschen Gärtnergehilfen. Staunen muß man über die Unverfrorenheit, mit der diese Sorte Menschen über das wirtschaftliche Schicksal unserer Berufsangehörigen bestimmen will; wundern muß man sich aber auch, daß unsere demokratischen Gartengestalter sich eine derartige Einnischung in ihr Selbstbestimmungsrecht gefallen lassen.

Und hier, verehrte Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner Rheinland-Westfalens, scheiden sich unsere Wege, hier hört eine Arbeitsgemeinschaft auf, bei der ein Teil sich nicht mehr von beruflichen und wirtschaftlichen Motiven leiten läßt, sondern auch Wünsche und Befehle berufs-fremder Elemente berücksichtigen will. Wir Arbeitnehmer erkennen ein „Oberarbeitgebertum“ nicht an und werden es stets ablehnen, diese banausischen Multimillionäre über unsere Gärtnerlöhne mitreden zu lassen. Entweder zahlen diese wohlhabenden Arbeitslosen die für Gärtner zuständigen Tariflöhne, oder sie verzichten auf Fachleute, für die es schließlich noch anderweitige Verwendung geben wird. Die Zeiten sind endgültig vorbei, wo ein Gärtner gezwungen war, bei niedrigem Stundenlohn und unbeschränkter Arbeitszeit den Launen einer griesgrämigen Villentante nachzukommen, nur um seine Existenz zu fristen. Vielleicht kann in den Inseratenblättern noch eine „nationalgesinnte“ Seele, die sich keiner Arbeit scheut, aufzutreiben sein; der sich seiner Klasse und seiner Fähigkeiten bewußte Gärtner hat kein Interesse mehr an solchen Zuständen. Hier gehen Berufsstolz und Arbeitnehmerwürde Hand in Hand, und daran wird auch die Drohung mit der Tariflosigkeit nichts ändern, abgesehen davon, daß es auch noch vernünftige Arbeitgeber innerhalb unseres Berufes gibt, die eine derartige reaktionäre Entwicklung nicht mitmachen werden.

Hier sei auch noch etwas zu der Milchmädchenrechnung gesagt, mit der uns die Reparaturbedürftigkeit der Branchenstaffelung bewiesen werden sollte. Trotz der etwas ungemütlichen Verhandlungsatmosphäre wurde es klar, daß bei dem Lohnrückmarsch der Nichtbranchenkundige und der Junggehilfe ungefähr bei 50 Pf. Stundenlohn landen sollten. Ein brillanter Gedanke, wert patentiert zu sein! Während Zeitungsinserate den Auftraggebern den befohlenen Lohnabbau verkünden, vertauschen ältere Kollegen mit Nichtbranchenkundigen und Junggehilfen zwangsweise die Arbeitsstellen und in die Taschen unserer schlauen Unternehmer fließt ungeschmälert der Profit. Das ist ein Geschäft, an dem sich sogar ein sonst ganz nüchterner Unternehmer beirauschen kann. Daß die Gehilfenschaft diese so wunderbar aufgebaute Milchmädchenrechnung zerrissen hat, brachte die kleinen Geister in Wut.

Noch etwas Raum für einige Zukunftsgedanken, die durch das Vorgehen der Arbeitgeber heraufbeschworen wurden. Die von den Arbeitgebern abgegebene Kriegserklärung kann in Tariffragen künftig eine vollständige Umstellung der organisierten Arbeitnehmerschaft notwendig machen. Die Rationalisierungsbestrebungen innerhalb der gesamten Wirtschaft, die Konzentrierungsversuche verwandter Berufe und Gewerbe bringen es mit sich, daß auch innerhalb der Landschaftsbranche einschlägige Arbeitsaufträge von Unternehmungen verwandter Art (Tiefbau) ausgeführt werden. Die Anlage des Kölner Grüngürtels war ein typischer Beweis dafür, daß unter Umständen berufs-fremde Unternehmungen unter Innehaltung der üblichen Tariflöhne Gleichwertiges leisten, bei ihrer Verwendung technischer Hilfsmittel sogar weniger Knochenarbeit verlangen als dies bei den kleineren Firmen üblich ist. Wenn man des weiteren die ganz beträchtliche Anzahl Honorargartenarchitekten in Betracht zieht, die in Zusammenarbeit mit Bauarchitekten heute bereits die meisten Neuanlagen zur Ausführung erhalten, so wird man zweifellos zugeben müssen, daß der Schwerpunkt in der modernen Landschaftsgärtnerei schon jetzt vom Kleinmeister auf die Großunternehmungen übergegangen ist.

Ferner wird der bisherige Einzelbesitzer immer mehr und mehr durch Staat, Kommune, Siedlungsgenossenschaften und Bauvereine verdrängt, Körperschaften, die ihre Kalkulation nur auf tariflicher Grundlage aufbauen können. Beim Fehlschlagen einer Verständigung mit unseren bisherigen Arbeitgebern werden die organisierten Arbeitnehmer unverzüglich mit diesen Körperschaften die Fühlung aufnehmen müssen, wobei der dort vorhandene Arbeitnehmer-einfluß bezüglich der Aufträge und Tarifverhältnisse in unserem Sinne geltend gemacht werden wird und muß.

Diese Entwicklung hat hier im Rheinland schon ziemlich festen Fuß gefaßt. Wir begünstigten sie bisher nicht, weil wir glaubten, es mit verständigen und zum Teil auch sozial eingestellten Unternehmern zu tun zu haben. Wenn aber die heutigen Führer der rheinischen Landschaftsgärtner wegen dem verunglückten Abbaufimmel die Brücken zu den Arbeitnehmern abbrechen wollen, haben wir kein Interesse daran, die Pfeiler zu stützen. Wir werden uns dann nach solchen Kontrahenten umsehen, die in Tarifange-

legenheiten keinen industriellen Vormund nötig haben, und die nicht nur von den Gehilfen Branchenkenntnisse verlangen, sondern sie auch danach bezahlen wollen. Indessen — videant consules\*).

Warzecha.

## Wandel der Geister im Unternehmerlager?

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, die wirtschaftspolitische Organisation des gesamten deutschen Unternehmertums, hielt am 3. und 4. September in Dresden seine jährliche Mitgliederversammlung ab, die sich mit einer Reihe wichtiger Fragen der deutschen Wirtschaft beschäftigte. Ein ganz besonderes Interesse erweckte ein Referat, das Dr. Silverberg über das Thema: „Deutsches Unternehmertum in der Nachkriegszeit“ hielt, das wir in seinem Kern zitieren möchten:

„Es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen — ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien —, sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und dankbar sei an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht. Aber, wie die Gewerkschaften manch unerwünschten Zuwachs aus den sogenannten November-Sozialisten erfuhren, so ist auch manche gewerkschaftliche Organisation als November-Gewerkschaft anzusprechen. Und wir wollen hoffen, daß die sogenannte Reinigungskrise, in der wir uns heute noch befinden, hier nicht haltmacht. Ich hoffe aber, daß sie auch bei den Überorganisationen, die sich in dem Verbandswesen des industriellen Unternehmertums ausgebildet haben, ebenfalls nicht haltmacht. Es ist nicht zu verkennen, daß sich in dem deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen hat. Diese zu umschreiben, ist nicht möglich, ohne das politische Gebiet zu streifen.

Es hieß sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumsparlei ihre politische Vertretung findet. Die in den christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leidet unter allen Schwächen einer Minderheit, die sich vor allem in der Überspannung sozial- und lohnpolitischer Forderungen ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften, die Tendenz zum Überbieten auslöst. Das Unternehmertum hat sehr darauf zu achten, daß es nicht noch mehr, wie es schon geschehen ist, von diesem Wettstreit, dem wirtschaftspolitische Überlegungen fremd sind, betroffen wird und dessen Zeche zu zahlen hat. Aber nicht nur dem Unternehmertum erwachsen aus dieser Lage besondere Schwierigkeiten; sie entstehen mindestens in demselben Umfange für die Zentrumsparlei, solange die Sozialdemokratie Oppositionspartei ist.

Deshalb ist es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig. Es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz zu haben, es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Und sie wird auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt.

Ich glaube also hier feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt, und daß, darauf fußend, auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Mut zu der Schlußfolgerung haben, daß die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei angestrebt werden muß.“

Es wäre gewiß sehr reizvoll, den Gründen nachzuforschen, die jene „Wandlung der Geister“ im Lager der Unternehmer, von der Silverberg sprach und deren Bekundung seine Rede wohl zugleich bildet, verursacht haben. Wir wollen jedoch zunächst nur einen dieser Gründe nennen, der ohne weitere Nachforschungen erkennbar ist: das deutsche Unternehmertum scheint erkannt zu haben, daß es mit seinen eigenen Bestrebungen internationale wirtschaftliche Verbindungen zu suchen, wofür die Bestrebungen zur Schaffung eines internationalen Eisenkartells als Beispiel genannt seien erfolglos bleibt, wenn die allgemeine Außenpolitik des Reiches ständigen Störungen durch deutsch-völkisches Phrasenheldentum und deutschnational-monarchistische Restaurationspolitik ausgesetzt ist. Auch die Einsicht, daß der Abschluß von Handelsverträgen, nach denen in der deutschen Wirtschaft ein allseitiges Bedürfnis besteht, erfolgreich nur

auf einer sicheren und vertrauenerweckenden politischen Basis möglich ist, scheint im Unternehmertum Verbreitung gefunden zu haben.

Im übrigen ist seine Rede eine Einladung an die Sozialdemokratische Partei zur Teilnahme an der Regierungsbildung und eine Anerkennung der Sozialdemokratie als politische Interessensvertretung derselben Mehrheit der Arbeiterschaft, deren wirtschaftliche Interessensvertretung, wie Silverberg gleichfalls zugibt, die freien Gewerkschaften sind.

Es soll uns aufrichtig freuen, wenn das Wort Silverbergs, man könne nicht ohne die Arbeiterschaft regieren, lauten und vielfachen Widerhall bei seinen Unternehmerkollegen findet. Aber es ist unmöglich, mit der Arbeiterschaft zu regieren — auf Kosten der Arbeiterschaft. Der Versuch, politisch mit der Arbeiterschaft zu gehen und gleichzeitig zu den gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft die Haltung beizubehalten, die wir in den letzten Jahren von den Arbeitgeberverbänden gewohnt waren, hätte nur geringe Aussicht auf dauernden Erfolg. Denn wie kann man glauben, daß die Arbeiterbewegung etwa die Verantwortung auf sich nehmen und dauernd tragen kann für eine Politik, in deren Schatten der systematische Lohnabbau, die Arbeitszeitverlängerung, die Versuche, die Gewerkschaften durch die Züchtung gelber Werkvereine und die Bildung von „Werkgemeinschaften“ auszuschalten, der Abbau sozialpolitischer Errungenschaften und ähnliches mehr fröhlich weiter betrieben werden? Wenn schon im Unternehmerlager von einem Wandel der Geister die Rede ist, dann muß auch die Frage gestattet sein, ob und in welchem Maße sich dieser Wandel der Geister auch auf die von uns genannten Punkte der gewerkschaftlichen Forderungen bezieht? Diese Frage erscheint uns um so mehr angebracht, als auf der Tagung immer und immer wieder betont wurde, daß die sozialen Lasten verringert werden müßten und daß der „Fürsorgestaat“ nicht entstehen dürfe. Eine „Entdemokratisierung des Staates“ wurde verlangt und zum Ausdruck gebracht, daß man keine Demokratisierung der Wirtschaft wolle. So haben wir noch große Zweifel, ob Herr Silverberg mit seinen Ansichten sich im Reichsverband der Deutschen Industrie in nächster Zeit und in dem Maße wird durchsetzen können, daß sich praktische Verständigungsmöglichkeiten ergeben.

Das eine Wertvolle seines Auftretens sei jedoch nochmals unterstrichen, nämlich die Anerkennung der starken Stellung, die die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung sich errungen und behauptet hat, selbst in den schwersten Krisenzeiten.

## Der Sieg eines gewerkschaftlichen Prinzips.

Es sind fast 25 Jahre verflossen, seitdem der Stuttgarter Gewerkschaftskongress im Jahre 1902 die Einführung einer Arbeitslosenversicherung forderte. Diese Forderung begegnete allgemeiner Ablehnung. Die Opfer der wirtschaftlichen Krisen wurden auf die „Segnungen“ der Armenfürsorge verwiesen. Arbeitslosenschutz galt als Anerkenntnis des „Rechtes auf Faulheit“. Daß der kranke Arbeitnehmer durch die Krankenversicherung einen zweckmäßigen Weg zur Heilung fand, mochte hingehen. Das lag sogar im Interesse von Staat und Unternehmer. Der Kranke sollte möglichst bald wieder an die Werkbank zurückkehren. Anders war die Not der Erwerbslosen zu bewerten. Sie war ein willkommenes Bundesgenosse gegen die aufstrebenden Gewerkschaften. Die große „Reservearmee“ sollte sich ja an den Fabrikatoren um Arbeit drängen. Wenn die Not trieb, Arbeit „um jeden Preis“ zu suchen, so erwuchs die Möglichkeit, den von den Gewerkschaften erkämpften Lohn zu senken.

Gegen diese Anschauung konnten sich die wenigen bürgerlichen Sozialpolitiker, die die verhängnisvolle Situation begriffen, nicht durchsetzen. So wurden die Gewerkschaften in dieser Zeit zu den alleinigen Trägern einer systematischen Arbeitslosenunterstützung. Sie übernahmen, was Staat und Gesellschaft verweigerten, und bewiesen dadurch, daß eine Versicherung sehr wohl durchführbar war, und daß alle vorgeschützten technischen Bedenken nur Flausen waren, hinter denen sich der Unwille zu helfen versteckte. Bereits im Jahre 1900 betrug der Etat der Arbeitslosenunterstützung in unseren freien Gewerkschaften rund eine Million Mark. Er war im Jahre 1913 bereits auf über 13 Millionen Mark, im Jahre 1914 auf fast 25 Millionen Mark gestiegen. Der Arbeiter mußte sich seine Hilfe gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit allein und aus eigenen Mitteln suchen.

Erst in den letzten Jahren vor dem Kriege finden sich einige wenige Gemeinden, die aus öffentlichen Mitteln den Gewerkschaften geringe Zuschüsse zu ihren Unterstützungsleistungen gewährten. Im Jahre 1914 waren es noch nicht zwei Dutzend Gemeinden und obendrein zum Teil ganz kleine. Die breite Öffentlichkeit rührte sich nicht. Für die Erwerbslosen mochten die Gewerkschaften sorgen, nur wenn die Not zu unerträglich wurde, griff die Armenpflege ein. Der Ruf nach systematischer Staatshilfe oder Versicherung verhallte ungehört. Noch wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges erhob der Münchener Gewerkschaftskongress erneut die Forderung nach durchgreifender Hilfe für die Erwerbs-

\*) Mögen die, deren Amt es ist, acht geben.

losen. Er stellte fest, daß bisher nichts oder so gut wie nichts zur Linderung der Nöte durch die Allgemeinheit getan war.

Nur ganz langsam gewann die Forderung der Gewerkschaften nach einem allgemeinen und alle erfassenden Arbeitslosenschutz Boden, und erst nach dem Kriege setzte sich mit der zunehmenden Stärke der Gewerkschaften endlich die alte Forderung allgemeiner durch. Die größere Kraft der organisierten Arbeitermassen verschaffte dem Prinzip Anerkennung, daß die Erwerbslosigkeit als Ausfluß der Wirtschaftsverfassung Objekt der systematischen Sozialversicherung oder der öffentlichen Fürsorge sein muß. Alle europäischen Industriestaaten haben unter dem Druck der erstarkenden Gewerkschaftsbewegung dieses Prinzip anerkannt und dann den Erwerbslosenschutz entweder durch Pflichtversicherung, durch öffentliche Fürsorge oder durch Bezuschussung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen aus öffentlichen Mitteln durchführen müssen.

Wer diesen Schutz der Erwerbslosen, eine wichtige Vorbedingung für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sichern und ausbauen will, muß an der Stärkung der Gewerkschaften und der Gewinnung der noch Abseitsstehenden mitarbeiten!

## Der Arbeitsmarkt in der Gärtnerei andauernd schlecht.

Die Berichte über die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes zeigen in den letzten Wochen eine kleine Besserung. Für unseren Beruf ist diese nicht zu verzeichnen, die Monatsberichte für August lassen vielmehr auf eine weitere Verschlechterung schließen.

Wie ungünstig der gärtnerische Arbeitsmarkt 1926 gegenüber 1925 ist, zeigt folgende Gegenüberstellung:

Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	1925	1926
Januar . . . . .	11,3	31,1
Februar . . . . .	5,9	21,3
März . . . . .	1,9	9,6
April . . . . .	0,9	4,9
Mai . . . . .	2,2	10,5
Juni . . . . .	5,0	14,5
Juli . . . . .	6,1	14,4

Die Inseratenblätter zeigen in ihrem Arbeitsmarkt ebenfalls ein trostloses Bild. „Thalackers Allgemeine Samen- und Pflanzen-Offerte“ z. B. enthielt in den Nummern vom 29. Mai 13 angebotene und 45 gesuchte Stellen, vom 26. Juni 19 angebotene und 59 gesuchte Stellen, vom 31. Juli 23 angebotene und 64 gesuchte Stellen, vom 21. August 21 angebotene und 84 gesuchte Stellen.

Sehr groß ist die Zahl der unter dauernder Erwerbslosigkeit leidenden Kollegen. Eine Umfrage über die Zahl der 26 Wochen und länger arbeitslosen Kollegen ergab in: Berlin 47, Breslau 25, Stuttgart 7, Hamburg 27, Erfurt 4, Köln 17, Leipzig 2, München 27, Hannover 2, Darmstadt 15, Frankfurt a. M. 25, Heidelberg 8, Höchst a. M. 5, Kaiserslautern 3, Marburg 1, Mannheim 2, Offenbach 7, Pirmasens 1, Speier 3, Worms 3, Wiesbaden-5, Mainz 4, insgesamt in diesen 22 Verwaltungen 270 langfristig erwerbslose Kollegen.

Nach dieser Aufstellung, die bei weitem nicht vollständig ist, scheint es, daß die Arbeitslosigkeit in den Mittelstädten schlimmer und andauernder ist als in den Großstädten. Die noch fehlenden Orte müssen sich bemühen, ihre Resultate schnellstens einzusenden. Wir hoffen, dem Arbeitsministerium mit diesen Ziffern den Beweis zu liefern, daß es eine ungerechte Härte ist, die Gärtnerei noch immer von dem Bezug einer 39 wöchigen Unterstützung auszuschließen. In den meisten Orten müssen unsere Kollegen, nachdem sie 26 Wochen Unterstützung bezogen haben, sich bei der Wohlfahrtsfürsorge um Unterstützung bemühen. Das ist erniedrigend und ungerecht. Dieser Zustand muß geändert werden!

## Jämmerlichketten.

Unter der Stichmarke: Woran liegt es? bringt die berüchtigte „Gärtnerische Rundschau“ folgende Notiz:

Man schreibt uns: Woran liegt es, daß die Zahl der Erwerbslosen nur langsam abnimmt, um wahrscheinlich bald wieder anzuschwellen? Diese Frage wird jetzt oft gestellt. Nach unseren Beobachtungen muß die Zahl der Erwerbslosen unter dem heutigen System wachsen und wird die Erwerbslosigkeit zu einer dauernden Erscheinung werden. Früher kannte man keine Erwerbslosenunterstützung. Man kannte auch keine Erwerbslosigkeit, sondern nur eine Arbeitslosigkeit. Es wurden damals Almosen bewilligt, heute werden Unterstützungen gezahlt, müssen gezahlt werden. Und alle Welt drängt sich nach solchen. Wo sie am leichtesten und schnellsten zu erlangen ist, wissen die Arbeitslosen ganz genau. Mit welcher Unverfro-

renheit viele „Erwerbslose“ auftreten, davon hat der Fernstehende keinen Begriff. Häufig verlangen sie außer den gesetzlich zustehenden Sätzen noch besondere Beihilfen, Ersatz der vollen Miete, Beiträge für Frau und Kinder, Eltern und andere Verwandte sowie die Lieferung von Kleidung und Schuhen, Stiefelsohlen und Medikamenten, Freikarten für Konzerte und Theater, Fahrgelderersatz, Heimstättenbehandlung, Freibäder, Extrarunterstützungen und dgl. mehr. Unter den Unterstützten befinden sich aber sehr viele Minderwertige, die mit allen Hunden gehetzt sind und es verstehen, anderen Leuten Sand in die Augen zu streuen. Diese Leute hängen wie die Kletten zusammen, klären sich gegenseitig auf und schröpfen die Erwerbslosenfürsorge, die Wohlfahrtsämter und Armenverwaltungen, wo sie nur können. Dazu kommt, daß viele Erwerbslose es rundweg ablehnen, zu den gleichen Sätzen oder etwas höheren als den von der Erwerbslosenfürsorge bewilligten irgendeine Arbeit anzunehmen (!). Wer wundert sich, wenn unter diesen Umständen besonders bei Jugendlichen die Arbeitslosigkeit in Arbeitsscheu übergeht, die zwangsläufig zu Gesetzesverletzungen, Diebstahl und schweren Verbrechen führt? Eine jämmerliche Zeit!

L. N.

Gewiß eine jämmerliche Zeit, in der es solche Jammerlappen gibt, die nicht einmal den Mut haben, mit ihrem Namen einzutreten für die Niedrigkeit ihrer Gesinnung, für die frechen Beschimpfungen der Opfer dieser famosen privatkapitalistischen Weltordnung, die diese Kreise „göttliche“ nennen. Und diese „Gärtnerische Rundschau“, dieses Sudelblatt, das neben dem blühendsten Blödsinn regelmäßig auch die größten Gemeinheiten aufischt, ist Organ des neuen Reichsverbandes der Privatgärtner. Sage mir, mit wem du umgehst und . . . .

## Ein Vierteljahrhundert gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Als die Gewerkschaften Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, nach der Gewalts- und Unterdrückungszeit des Sozialistengesetzes, zu neuem Leben erweckt worden waren, mußten sie notgedrungen ihre ganze Kraft und ihre noch sehr geringen Mittel auf die Propaganda und Agitation verwenden. Da diese Aufklärungsarbeit aber naturgemäß ihren Ausgangspunkt nehmen mußte von den bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen Zuständen, so war es in gewissem Sinne zugleich auch Bildungsarbeit, was da geleistet wurde. Zwar war es im allgemeinen keine methodische Bildungsarbeit; daß sie trotzdem nicht fruchtlos gewesen ist, haben die Ereignisse des letzten Jahrzehnts hinlänglich erwiesen. Ohne das Fundament an grundsätzlicher Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, das damals durch die Aufklärungstätigkeit der Gewerkschaften gelegt worden ist, hätten sie die Stürme der Kriegs- und Nachkriegszeit ohne tiefgehende Erschütterungen ihres innersten Wesens nicht überstehen können.

Als Ende der neunziger Jahre die damalige Wirtschaftskrise überwunden war, und die Gewerkschaften zum ersten Male einen Massenzustrom von Zehn- und Hunderttausenden jährlich aufzuweisen hatten, da gingen sie auch daran, ihr Bildungswesen mehr methodisch zu gestalten. Die Fachpresse wurde räumlich und inhaltlich ausgebaut. Man begann mit der Herausgabe von Einzelschriften über einzelne Wirtschaftszweige und Berufsgruppen. Einige Verbände gingen auch mit der Herausgabe von Jahrbüchern und Gewerkschaftsgeschichten voran, von denen manche von dauerndem wissenschaftlichen Werte sind. Auch sie dienen in erster Linie der Bildung der Mitglieder.

Das hatte den Erfolg, daß nun auch aus den Reihen der Mitglieder selbst der Ruf nach mehr Bildungsmitteln und Bildungsarbeit ertönte. Namentlich fachliche Bildungsmittel wurden verlangt. So sahen wir nach und nach in verschiedenen Verbänden besondere fachtechnische Blätter, wie auch unser „Gärtnerei-Fachblatt“, erscheinen, die sich zum Teil dem Besten an die Seite stellen können, was es auf diesem Gebiete überhaupt gibt.

All das sind Mittel der Massenbildung. Das Bedürfnis, für einen geeigneten Führernachwuchs zu sorgen, machte sich gleichfalls schon um die Wende des Jahrhunderts geltend. Das hatte zur Folge, daß im Jahre 1906 die damalige Generalkommission der Gewerkschaften „Gewerkschaftliche Unterrichtskurse“ ins Leben rief. An ihnen sollten in der Hauptsache nur Gewerkschaftsfunktionäre teilnehmen.

Die Nachkriegszeit mit ihren vielfach vergrößerten und erweiterten Anforderungen an die Gewerkschaften sah naturgemäß in erster Linie auch eine Ausdehnung des gewerkschaftlichen Bildungswesens. Es zeugt von der politischen Reife und dem Verantwortungsgefühl der deutschen Arbeiterschaft, daß man in allen größeren Industriezentren an die Errichtung von Betriebsrätekursen und -schulen ging. Manches, was im ersten Begeisterungsrausch ins Leben gerufen wurde, hat sich in den Zeiten der Not nicht halten können. Dafür aber haben sich andere Einrichtungen dieser Art schulfachlich und wissenschaftlich her-

vorrangend entwickelt. Zumeist waren und sind diese Einrichtungen örtlichen Charakters.

Sodann ging man nach dem Kriege auch daran, ein höheres Schulwesen der Gewerkschaften zu schaffen. Als erste Einrichtung dieser Art wurde 1920 die Arbeiter-Akademie an der Universität Frankfurt a. M. eröffnet. Dieser folgten zwei Jahre später die Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin und Düsseldorf. Berlin wurde ein Opfer der Inflationszeit, wird jedoch am 1. Oktober d. J. wieder eröffnet. An diesen Schulen, die sämtlich staatliche Einrichtungen sind, deren Lehrgänge 9 bzw. 10 Monate dauern, erhalten die Teilnehmer Unterricht in Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wirtschaftslehre und Arbeitsrecht und ähnlichen Gebieten. In Frankfurt mehr allgemein hochschulmäßig, an den anderen Schulen mehr fachschulmäßig. Da die Gewerkschaften bisher die Kosten für die Unterhaltung ihrer Schüler selbst zu tragen hatten, so haben sie erhebliche Aufwendungen dafür gemacht, da allein der ADGB jährlich bis zu 80 Schüler auf diese Schulen geschickt hat. Die Teilnahme steht allen Arbeitern offen, woraus sich ergibt, daß es sich hier nicht, wie in der letzten Zeit aus durchsichtigen Gründen in rechtsstehenden Blättern verbreitet wurde, um ausgesprochene Agitatorschulen für die Gewerkschaften handelt.

Außer zu diesen Schulen entsenden die dem ADGB angeschlossenen Verbände alljährlich noch eine kleine Anzahl junger Leute nach Tinz, das keine Fach-, sondern eine Weltanschauungsschule ist. Alle diese Schulen haben den Zweck, den Gewerkschaften die notwendigen Kräfte zur Verfügung zu stellen, die berufen sind, an den vielen wirtschafts- und sozialpolitischen Stellen und Behörden, in denen die Arbeiterschaft Anspruch auf gesetzliche Vertretung hat, diese Vertretung auszuüben. Daß das dem Unternehmertum und seinen Organen unangenehm ist, läßt sich verstehen. Die Gewerkschaften denken jedoch nicht daran, dieses wichtige Feld, das früher die Unternehmer und ihre Syndici allein beherrschten, diesen auch fernerhin als Domäne zu überlassen.

Daß die sorgfältige Ausbildung eines zahlreichen Führerstabes wiederum auch auf die Massenbildung in den Gewerkschaften von vorteilhaftem Einfluß sein muß, braucht wohl nicht besonders bewiesen zu werden.

Den Unverständnis der Massen, der immer wieder seine verderblichen Triumphe feiert, für immer zu beseitigen, das aber ist die zukunftsfrohe und zukunftsichere Aufgabe des heutigen gewerkschaftlichen Bildungswesens.

## Staats- und Gemeindegärtnerei

### Einsprüche gegen die Allgemeinverbindlichkeit der RMT.

Beim Abschluß des Reichsmanteltarifvertrages für Gemeindearbeiter wurde von den Vertragsparteien vereinbart, für diesen die Allgemeinverbindlichkeit anzustreben. Gegen einen dahingehenden Antrag sind etwa 120 Einsprüche von den verschiedensten Gemeindebetrieben und deren Verbänden eingelegt worden. Die Gründe, die diese Flut von Einsprüchen veranlassen und in ihnen angeben werden, sind in der Hauptsache organisatorischer Art, beruhen zum Teil auf der Umstellung vieler und großer kommunaler Werke in privatkapitalistische und sog. gemischtwirtschaftliche Verwaltungsform.

Von dem Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Rheinland-Westfalens wird sogar den Tarifparteien unterstellt, daß sie mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung die Zerschlagung der fachlichen Arbeitgeberverbände bezweckten. Uns will scheinen, daß hier das Wort berechnete Anwendung finden könnte: Man sucht niemand hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst schon dahinter gesessen. — Die Elektrowerke A.-G. in Berlin bezeichnen die allgemeine Anwendung des RMT. für verderblich für die deutsche Wirtschaft. Es würde einen Rückschritt bedeuten, wenn man die Versorgungsbetriebe auf dem Umwege über kommunale Gemeindearbeitertarife wieder in die reine Regiewirtschaft zurückführen wollte."

Die Absichten der gegen die Allgemeinverbindlichkeit zu Felde ziehenden privatkapitalistisch orientierten und organisierten Unternehmerverbände sind klar und durchsichtig für jeden, der sehen will. Sie wollen eine Ausdehnung der sozialen Einrichtungen des RMT. auf die gemischtwirtschaftlichen Betriebe verhindern, in ihrem Bestreben, mit Mitteln der Allgemeinheit hohe private Profite zu machen, unbeschränkt bleiben, darüber hinaus im Bunde mit der Privatindustrie aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindegärtner so niedrig als nur möglich halten, um vorbeugend in der gleichen Richtung auf deren Gestaltung in den privaten Betrieben entsprechend einzuwirken. Deshalb hat die „Gewerkschaft“ des V. d. G.- u. St. recht, daß die gesamte Arbeiterschaft ein Interesse daran habe, daß die privaten Arbeitgeberverbände mit ihren Ansprüchen keinen Erfolg haben. Aber ein solches Interesse an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gemeinden besteht bei einer Reihe anderer Berufsverbände stets, nicht nur nach Tarifverhandlungen oder wenn es mal kritisch wird, was die, die es angeht, auch berücksichtigen wollen.

## Lehrlings- und Bildungswesen

Die Sächsische Fachkammer für Gartenbau kam nach Vorschlägen ihres Ausschusses für Arbeitnehmerwesen zu dem Beschluß, den gärtnerischen Fachschulen zu empfehlen, Lehrlinge aus nicht anerkannten Lehrbetrieben erst an zweiter Stelle aufzunehmen. Die Lehrverhältnisse in nicht anerkannten Lehrbetrieben sollen künftig überhaupt nicht mehr anerkannt und solchen Lehrverträgen der Sichtvermerk versagt werden. Es wundert uns recht, daß das bisher noch immer geschehen ist.

Die auch von uns empfohlene Anerkennung älterer Obergärtner erachteten Ausschuß und Fachkammer für entbehrlich, weil sich der Obergärtnerprüfung auch schon einige fünfzigjährige Obergärtner mit bestem Erfolg unterzogen haben. Mit diesem Hinweis kommt man allerdings über die Schwierigkeiten dieser Frage nicht ganz hinweg. Warum besteht man nicht mit der gleichen Konsequenz auf die Ablegung einer Meisterprüfung durch alle Lehrlingszüchter?

## Rundschau

### Gegenseitige Versprechungen.

Nach einem Bericht des „Fruchtgroßhandels“ fand vor einigen Tagen in Berlin eine Sitzung statt, zu der die meisten Landwirtschaftskammern Vertreter entsandt hatten und auch der Reichsverband Deutscher Fruchtgroßhändler geladen und vertreten war. In verschiedenen Referaten und einer sehr eingehenden Diskussion wurde einstimmig der Wille betont, seitens des Gartenbaus für den Handel geeignete marktfähige Ware herbeizuschaffen, während der Handel versprach, diese Ware, sofern sie in bezug auf Qualität und Preis den Vergleich mit der ausländischen Konkurrenz halten kann, bevorzugt zu verkaufen. Es bleibt abzuwarten, wieweit die Besprechung praktische Auswirkungen zeitigen wird.

### Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Der Reichstag beschloß ein Gesetz, das die Amtsdauer der am 1. April 1926 im Amte gewesenen Beisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, soweit nicht inzwischen bereits Neuwahlen durchgeführt sind, bis zum Inkrafttreten eines Arbeitsgerichtsgesetzes, längstens bis zum 31. Dezember 1927, ausdehnt.

### Kapitalerhöhung der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft.

Das wegen seiner Kunstdünger- und Schädlingsmittelherstellung für die Gärtnerei sehr bedeutende Werk hat sein Aktienkapital von 646 Mill. M. um insgesamt 454 Mill. M. auf 1100 Mill. M. erhöht und damit eine gewaltige Transaktion vorgenommen, die es wieder an die Spitze sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften, die sie vor einiger Zeit an die Vereinigten Stahlwerke (Kapital 800 Mill. M. plus 125 Mill. M. Genußscheine) abgegeben hatte, bringt. Was die Verwendung der neuen Mittel anlangt, so sollen sie in erster Linie zum Ausbau und zur Vergrößerung der Stickstoffanlagen benutzt werden, bei denen die Zunahme des Auslandsabsatzes und die Aufnahme neuer Düngemittel (besonders Mischdünger) sowie die Kohlenversorgung der Werke umfangreiche Neubauten erforderlich machen. Ein Teil der Mittel wird auch zum Bau einer Kohlenverflüssigungsanlage verwendet werden. Im übrigen will sich die Verwaltung, wie üblich, nicht allzu sehr in die Karten sehen lassen. Immerhin wird zum ersten Male offiziell die geplante Aufnahme von Beziehungen zu ausländischen Konzernen, für die Vorsorge getroffen werden müsse, erwähnt.

### Keine Kalipreiserhöhung.

In Nr. 17 der „A. D. G.-Ztg.“ haben wir bereits darauf hingewiesen, daß der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums in der Sitzung des Reichskalirats am 11. August gegen die beschlossene Preiserhöhung Einspruch erhoben hat. Diesen Einspruch hat der Reichswirtschaftsminister aufrechterhalten. Damit ist die beschlossene Kalipreiserhöhung rechtsunwirksam. Die Kalipreise bleiben also wie bisher und werden nicht erhöht.

### „Eigenhilfe“, Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft.

Wir gaben vor kurzem bekannt, daß die „Eigenhilfe“, Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft, ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen hat. Heute sei mitgeteilt, daß als Vertreterin der „Eigenhilfe“ für ganz Deutschland allein die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg in Betracht kommt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in Berlin, der zuerst ebenfalls eine Generalagentur der „Eigenhilfe“ übernehmen wollte, nimmt nämlich laut inzwischen getroffener Vereinbarung von der Errichtung einer selbständigen Vertretung Abstand. Es können also jetzt durch alle Konsumvereine und örtlichen Vermittlungsstellen auch die Versicherungen der gewerkschaftlichen Büroeinrichtungen, Gewerkschaftshäuser, Verbandshäuser der Ortsverwaltungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Verlagsgeschäfte, sozialen Baubetriebe und ähnliche wirtschaftliche Unternehmungen der Gewerkschaften abgeschlossen und der alleinigen Vertreterin der „Eigenhilfe“ für Deutschland, der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, zugeführt werden.

## Bekanntmachungen

Frankfurt a. M. Sonntag, den 12. Sept. 1926: Ausflug nach Königstein im Taunus. Abfahrt ab Ffm. 1 Uhr 12 Min. mit Sonntagskarte (1 M.) nach Cronberg. Von dort Spaziergang über Falkenstein nach Königstein. In Königstein Gärtnerversammlung im Saale des „Nassauer Hof“, anschließend gemütliches Zusammensein und Tanz. Die Kollegen der Taunusortschaften sind hierzu besonders eingeladen. Der Ortsvorstand. I. A.: Fr. Fuchs.

**Vorsicht, Inseratschwindel!** In Tageszeitungen wurden durch Agenten Gärtner nach Amerika, England und Frankreich gesucht. Auskunft wurde nach Einsendung von 2 M. versprochen, aber niemals gegeben. Anfragen geprellter Kollegen an unsere Verbandsbüros zeigen, daß die Anzahl der Geschädigten sehr groß ist. Wir wundern uns, daß es noch so viele Menschen gibt, die auf solche Inserate, bei denen der Schwindel ganz offensichtlich ist, hineinfallen.

Wir ersuchen, uns Zeitungen, die solche Inserate aufnehmen, sofort zuzusenden, damit wir nicht nur den Schwindler feststellen, sondern auch auf die betreffenden leichtfertigen Zeitungen Einfluß nehmen können. Die Hauptverwaltung: J. Busch.

## Sterbetafel

Am 5. August starb der Kollege **Max Maul**, ein langjähriges Mitglied der Verwaltung Plauen i. V., nach langer Krankheit an den Folgen einer Operation.

Am 8. Aug. 1926 verstarb die Kollegin **Anna Kretschmar**, Mitglied der Verwaltung Dresden, im Alter von 57 Jahren.

Am 11. August verstarb der Kollege **Otto Purps**, beschäftigt bei der St. Georgen-Kirchengemeinde in Berlin.

Am 26. August 1926 verstarb die Kollegin **Anna Körner**, Mitglied der Ortsverwaltung Lübeck, im Alter von 30 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

## Bücherschau

„Caligula, Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn“. Scheinbar eine höchstens für Fachleute interessante Charakteristik eines römischen Kaisers aus dem ersten Jahrhundert nach Christus, bot sie tatsächlich eine Schilderung Wilhelms des Zweiten, wie sie in dieser rücksichtslosen Schärfe in jenen Jahren noch von keinem gewagt worden war. Ihr Verfasser war der Historiker Ludwig Quidde, der in den folgenden Jahrzehnten als Führer des Pazifismus bekannt geworden ist. Als diese Schrift seinerzeit vor mehr als drei Jahrzehnten erschien, erregte sie ein gewaltiges Aufsehen und erlebte in kurzer Zeit 30 Auflagen. Ihre jetzige Herausgabe wird ergänzt durch eine Reihe von Kapiteln, in denen Quidde seinen „Kampf gegen Cäsarismus und Byzantinismus in den Jahrzehnten seit dem ersten Erscheinen des „Caligula“ schildert. Das letzte Kapitel der Schrift, deren Lektüre sehr zu empfehlen ist, bringt eine Charakteristik von Wilhelm II. Es ist nützlich, sich in diesen entscheidungsschweren Tagen vor Augen zu halten, von welcher hoffnungslosen Dilettanten Deutschlands drei Jahrzehnte hindurch regiert wurde, und gewinnt deshalb diese Studie von neuem aktuelles Interesse. Ein großer Teil der Gegner der entschuldigungslosen Enteignung besteht aus den Anhängern der alten Monarchie, die offen oder geheim auf den Umsturz des demokratischen Staates hinarbeiten. Prof. Quidde hat sich zu einer neuen Ausgabe dieser Kampfschrift entschlossen, gerade im Hinblick darauf, „daß wir jetzt in einem Entscheidungskampf zwischen der Republik und der monarchistischen Bewegung stehen“. Er selbst geht nicht so weit, sich für die entschuldigungslose Enteignung einzusetzen, aber er hält das für das Entscheidende, „daß die Hunderte von Millionen aus unserem verarmten Land nicht in die Hände der Hohenzollern und Koburger kommen dürfen, um dort vielleicht als Mittel zur Nahrung des Kampfes gegen die Republik verwandt zu werden“.

Geschichte des Tanzes von Dr. John Schikowski. In einer Reihe vorwiegend belletristischer Werke ist soeben, in geschmackvollem ganzheitlichen Gewande, dieses die Entwicklung des Tanzes schildernde Buch erschienen. In einer durchaus fesselnden, unterhaltsamen Darstellung gelangt es dem Verfasser, einen schöpferischen Überblick über die Tanzkultur der Urvölker, der antiken und modernen Kulturvölker aller Erdteile von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart zu geben. Die Tanzbegeisterung, die gegenwärtig die ganze Kulturwelt beherrscht, findet in diesem Werke über die Tanzkunst, die der sichtbare Ausdruck seelischer Vorgänge durch rhythmische Körperbewegung ist, einen bedeutungsvollen literarischen Niederschlag. Mit besonderer Ausführlichkeit sind dabei die modernen Kunsttänze behandelt worden. Zahlreiche Bildergaben in Kupfertiefdruck veranschaulichen außerdem Art und Wesen der tänzerischen Formgestaltungen in allen Epochen, so daß auch der bisher weniger interessierte Laie einen lebendigen Eindruck von den Tänzen der einzelnen Völker erhält. Das Werk erschien in der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW, Dreibundstraße 5, und kann wie alle Erscheinungen dieses Verlages für den vierteljährlichen Mitgliedsbeitrag von 3 M. und einen einmaligen Eintrittspreis von 75 Pfg. von jedermann bezogen werden.

## JAHRESSCHAU DRESDEN 1926

### Jubiläums-GARTENBAU-Ausstellung

23. APRIL BIS ANFANG OKTOBER 1926

### Dauer-Ausstellung

Pflanzen - Erzeugung  
Wissenschaft  
Pflanzen - Verwendung  
Industrie und Technik

Vom 7. Okt. bis 10. Okt. 1926

### Reichsobstschau

Gemüse-, Cyclamen-,  
Chrysanthemumschau

Warum besohlen Sie ihr Schuhwerk nicht selbst? Sie sparen viel Geld damit. Ich schicke Ihnen kostenlos dazu eine Anleitung. Schreiben Sie bitte gleich

Christ. Günter, Hamburg 39 III  
Gertigstraße 65

### Preis-Sturz

9 Pfd. feinst. Lill. Fettläse 3,50  
9 „ Ebamer Rugei „ 4,50  
9 „ halbj. Edam, 20% „ 7,40  
9 „ „ „ „ 7,40  
9 „ „ „ „ 9,90  
gegen Nachnahme ab hier  
Schonmittelverfahrens

Normania, Nortorf 203, Holst.

### Obstplantage

5 Morg., 1/2 Std. v. Potsdam-Bahnhof, zu verpachten. Off. u. 33112 an Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W 35



**Teschings**  
15 cm lang. „ 2,75  
Revolver, Kal. 3,20 „ 7,50  
Luftgewehr von 4,75 M. an  
**WAFFEN - PAULY**  
Bergedorf 45

### Halbtett. Tilsiter-

Form 9 Pfd. - Käse M. 6,75  
9 Pfd. Kugelhäse M. 4,75  
Porto Nachn. 1 M.  
Holsteinsche Käsefabrik  
Blümcner & Co., Nortorf

**Ständiger Nebenverdienst**  
**100 M. und mehr monatl.**  
bietet sich Ihnen durch Werbetätigkeit in Ihrem Bekanntenkreis  
Max Krug, Berlin W 50 O, Neue Ansbacher Str. 7

## Preuss. Klassenlotterie

In Sachsen und Hamburg genehmigt.

Ziehung 1. Klasse am 15. u. 16. Oktbr. 1926.

Hauptgewinn im günstigsten Falle auf ein Doppellos:  
**Zwei Millionen Reichsmark.**

<b>1000 000</b>	<b>200 000</b>
<b>500 000</b>	<b>100 000</b>
<b>300 000</b>	<b>75 000</b>

und sehr viele Mittelgewinne.

Jede Klasse derselbe Lospreis:	1/8	1/4	1/2	1/1	Doppellos
	3.-	6.-	12.-	24.-	48.- RM.

Porto u. Gewinnliste 30 Pfg. extra. Zahlung nach Empfang der Lose. Gewissenhafte Zusendung der Lose und Gewinnlisten.

Staatl. Lotterie-Einnahme **A. Bergemann, Berlin-W.,**  
Postcheckkonto: Berlin 5667. Bayerische Straße 12.

**„BUTTERS“**  
Qualitätswerkzeuge  
sind weltberühmt. Man verlange in Samen- u. Gerstehandlungen nur Werkzeuge der Firma  
Besatz Deitler Gartenwerkzeugfabrik  
BAUTZEN  
wo nicht erhältlich, ab Fabrik  
Preislisten zu Diensten

### 8/24 PS Brennabor-Kombinations-Wagen

Original, fabriken geliefert als sechszig-Personenwagen, zum Herausnehmen der Sitze und geschlossener Kastenansatz für Lieferzwecke, mit all. Neuerungen, 3/4 Jahr alt, erst 8000 km gelaufen, von Privathand sof. zu verkaufen. Off. u. 13999 a Krügerdenk, Annon.-Expd., Berlin SW II

### Zeugnis-Abschriften

mit Maschine, p. Stck. 10  
59 Pfennig fertigt an  
**M. Weidner, Berlin SW II**

## Schatten-Decken

aus Kokos, Marke „Elefant“ liefert die rühmlichst bekannte Firma **Paul Posselt, Reichenan, Sachsen**  
Telegramme: Kokosposselt. Angebot und Muster frei. Prämiert mit Goldenen Medaillen

## Grundstück

für Gärtnerei bestens geeignet, Größe 100 ar, bebaut mit massivem Landwohnhaus (Villa), 7 Zimmer, Küche, Badezimmer, ferner mit Wohnhaus für Gehilfen, 3 Zimmer, Küche, gr. Ber. Packer-raum, alles unterkellert, Stallung, Holzschuppen, Wagenremise, Windturbine zur Wasserversorgung für Garten und Haus, elektr. Licht usw. billig verkäuflich

Paul Uhlirg, Körner b. Mühlhausen in Thüringen